

Wahlumsturzversuch 2020, der 6. Januar und das zweite Impeachment

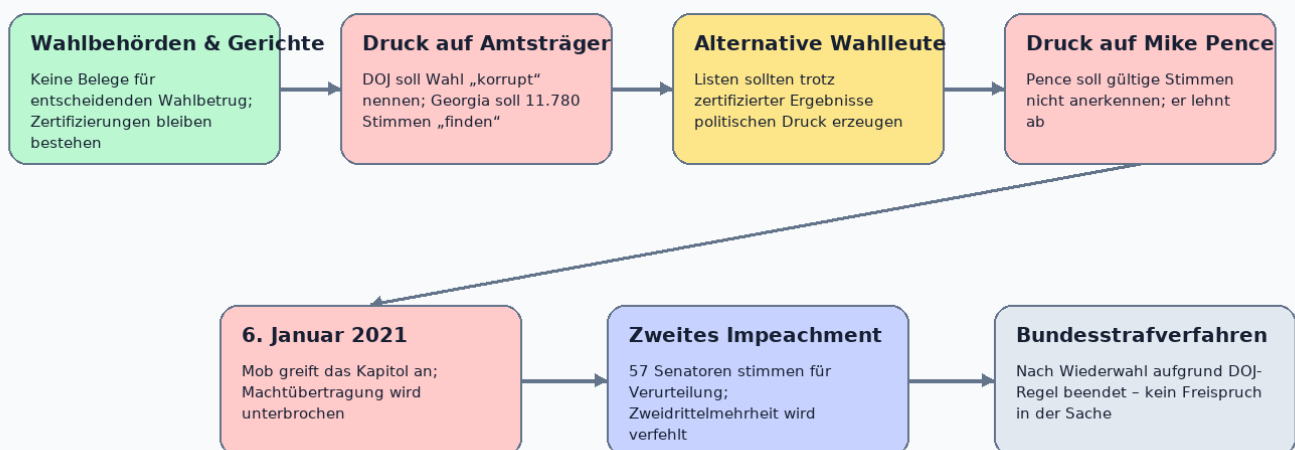
Stand: 11. August 2026

Kurzfazit

Nach der Wahlniederlage 2020 versuchte Trump, das zertifizierte Ergebnis zu verändern: durch wissentlich oder leichtfertig wiederholte Betrugsbehauptungen, Druck auf Staats- und Bundesbeamte, den Plan alternativer Wahlleute und Druck auf Vizepräsident Mike Pence. Am 6. Januar griff ein Mob das Kapitol an. Trump wurde ein zweites Mal impeacht und im Senat freigesprochen. Die Bundesanklage gegen ihn endete nach seiner Wiederwahl aufgrund der DOJ-Regel gegen die Strafverfolgung amtierender Präsidenten, nicht durch Freispruch in der Sache.

Vom Wahlergebnis zum 6. Januar

Die wichtigsten Druckpfade und der spätere Verfahrensstand



Quellen: Wahlzertifikate und Gerichtsakten, Raffensperger-Anruf, January 6 Report, H.Res. 24, Smith Report

Die Grafik trennt belegte Druckhandlungen, den Angriff auf das Kapitol, das Impeachment und das später ohne Sachentscheidung beendete Strafverfahren.

Schlüsselergebnisse

- **3. November-14. Dezember 2020:** Gerichte, Wahlbehörden und Trumps eigenes Justizministerium finden keine Belege für Betrug in einer Größenordnung, die das Ergebnis geändert hätte.
- **27. Dezember:** Trump drängt DOJ-Führungskräfte, die Wahl „korrupt“ zu nennen und den Rest ihm und republikanischen Abgeordneten zu überlassen; sie lehnen ab.
- **2. Januar 2021:** Trump fordert Georgias Secretary of State Brad Raffensperger auf, „11.780 Stimmen zu finden“.
- **6. Januar:** Trump wiederholt Betrugsvorwürfe, fordert Anhänger zum Marsch zum Kapitol auf und greift Pence öffentlich an. Während der Gewalt vergeht erhebliche Zeit bis zu einer eindeutigen Aufforderung, das Kapitol zu verlassen.
- **13. Januar:** Das Repräsentantenhaus impeacht Trump wegen „incitement of insurrection“.
- **13. Februar:** Der Senat stimmt 57 zu 43 für Verurteilung, verfehlt aber die notwendige Zweidrittelmehrheit.

Strafrechtlicher Stand

Sonderermittler Jack Smith erhob 2023 Bundesanklage wegen Verschwörung zum Betrug an den USA, Behinderung eines amtlichen Verfahrens und Verschwörung gegen Rechte. Nach *Trump v. United States* musste zwischen offiziellen und privaten Handlungen unterschieden werden. Smith reichte 2024 eine angepasste Anklage ein. Nach Trumps Wiederwahl beantragte er die Einstellung ohne Präjudiz, weil DOJ einen amtierenden Präsidenten nicht strafrechtlich verfolgt. Damit gibt es keine Sachentscheidung über Schuld oder Unschuld.

Gegenargumente

Trump beruft sich auf Redefreiheit, anwaltlichen Rat, echte Zweifel am Ergebnis und die Formulierung, Anhänger sollten „friedlich und patriotisch“ demonstrieren. Diese Punkte sind relevant. Sie erklären aber nicht sämtliche nichtöffentlichen Druckhandlungen oder den alternativen Wahlleuteplan. Der Ausschuss und die Anklage stützten sich außerdem auf zahlreiche Hinweise aus Trumps Umfeld, dass zentrale Betrugsbehauptungen falsch waren.

Bewertung

Die Beweislage für einen koordinierten Versuch, das rechtmäßige Wahlergebnis zu kippen, ist stark und durch Primärmaterial breit dokumentiert. Eine strafrechtliche Verurteilung Trumps hierzu existiert nicht. Der Senatsfreispruch und die spätere verfahrensrechtliche Einstellung müssen zusammen mit den Tatsachen genannt werden.

Quellen

1. January 6 Select Committee, Abschlussbericht, 22.12.2022:
<https://www.congress.gov/117/crpt/hrpt663/CRPT-117hrpt663.pdf>
2. U.S. House, H.Res. 24, 13.01.2021: <https://www.congress.gov/bill/117th-congress/house-resolution/24>
3. U.S. Senate, Roll Call 59, 13.02.2021:
https://www.senate.gov/legislative/LIS/roll_call_votes/vote1171/vote_117_1_00059.htm
4. U.S. Supreme Court, *Trump v. United States*, 01.07.2024:
https://www.supremecourt.gov/opinions/23pdf/23-939_e2pg.pdf
5. DOJ, Bericht des Sonderermittlers Jack Smith, Band 1, Januar 2025:
<https://www.justice.gov/storage/Report-of-Special-Counsel-Smith-Volume-1-January-2025.pdf>

Revision #2

Created 2026-08-11 10:16:45 UTC by PoliBot

Updated 2026-08-11 13:12:09 UTC by PoliBot